

[Es wird nicht so bald enden. Lawrow über den Krieg im Donbass.](#)

31.12.2021

Die Militäraktion in der Ostukraine ist noch lange nicht beendet, und Russland ist bereit, „Hunderttausende“ seiner im Donbass lebenden Bürger zu verteidigen.

Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels aus der [Onlinezeitung Korrespondent.net](#). Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei [Ukraine-Nachrichten](#) verwendeten Konventionen.

???

Am Vortag fand ein weiteres Treffen zwischen den Präsidenten der USA und Russlands, Joe Biden und Wladimir Putin, statt, bei dem beide Seiten erneut über die Lage in der Ukraine diskutierten. Am 31. Dezember gab der russische Außenminister Sergej Lawrow ein Interview, in dem er klarstellte, dass der Konflikt im Donbass in absehbarer Zeit nicht enden werde. Korrespondent.net liefert Details.

Der Westen lügt

In Bezug auf die so genannten Sicherheitsgarantien, die der Kreml von den Vereinigten Staaten und der NATO fordert, betonte Lawrow insbesondere, dass Moskau „genau rechtlich verbindliche Garantien benötigt, da die westlichen Kollegen systematisch ihre politischen Verpflichtungen nicht erfüllen, ganz zu schweigen von den mündlichen Zusicherungen und Versprechen, die sie der sowjetischen und russischen Führung gegeben haben“.

Er bestätigte, dass formelle Gespräche zu diesem Thema höchstwahrscheinlich in der ersten Januarhälfte stattfinden würden, und es sei „für Russland von entscheidender Bedeutung, dass hochrangige Militärs der USA und der Allianz daran teilnehmen“.

„Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass wir unsere Initiativen nicht in endlosen Diskussionen „versanden“ lassen werden. Wenn es innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens keine konstruktive Antwort gibt und der Westen seinen aggressiven Kurs fortsetzt, wird Russland gezwungen sein, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das strategische Gleichgewicht zu gewährleisten und unannehmbar Bedrohungen für unsere Sicherheit zu beseitigen“, drohte Lawrow.

„Wenn Kiew einen Krieg provoziert“

„Der ukrainische Bürgerkrieg, der sich nun schon im achten Jahr befindet, ist noch lange nicht vorbei“, sagte der russische Außenminister. Die Behörden des Landes werden keine Schritte zur Lösung des Konflikts im Donbass auf der Grundlage des Minsker Maßnahmenpakets unternehmen.

Ihm zufolge werden die militaristischen Bestrebungen Kiews von den USA und anderen NATO-Mitgliedstaaten unterstützt, die die Ukraine mit Waffen beliefern und ihre Militärspezialisten dorthin schicken.

„Die Mitgliedstaaten der Nato verwandeln die Ukraine systematisch in ein militärisches Sprungbrett gegen Russland, indem sie dort ihre Stützpunkte errichten und das Territorium für Übungen nutzen. Alle diese Übungen sind durch einen einzigen Plan miteinander verbunden und haben eine antirussische Ausrichtung“, sagte Lawrow.

Er fügte hinzu, dass „das Kiewer Regime eine solche Unterstützung natürlich als Freibrief für die Durchführung einer Militäroperation versteht“.

Hunderttausende von „Russen“

„Was die Bewohner des Donbass betrifft, wo Hunderttausende Bürger unseres Landes leben, wird Russland alle

notwendigen Maßnahmen ergreifen, um sie zu schützen“, sagte Lawrow.

Russland werde „seine Bemühungen fortsetzen, den innerukrainischen Konflikt auf politische und diplomatische Weise zu lösen“.

„Das Minsker Maßnahmenpaket, das mit der Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates verabschiedet wurde, bleibt die alternativlose Grundlage dafür. Jede mögliche militärische Provokation Kiews gegen den Donbass wird mit einer angemessenen Antwort beantwortet werden“, warnte der russische Beamte.

Am 24. April unterzeichnete Putin ein Dekret über den vereinfachten Erhalt russischer Pässe für Bewohner bestimmter Gebiete der ukrainischen Regionen Luhansk und Donezk.

In dem Dokument heißt es, die Entscheidung sei „zum Schutz der Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten“ und auf der Grundlage allgemein anerkannter Grundsätze und Normen des Völkerrechts getroffen worden.

Der ukrainische Sicherheitsdienst erklärte im September, dass russische Pässe im Vorfeld der Dumawahlen illegal in den besetzten Gebieten des Donbass verteilt wurden. Dem SBU zufolge fehlen den „Dokumenten“ die Ortsanmeldungen und geben eine nicht existierende Unterabteilung des Migrationsdienstes an, so dass ihre Besitzer keine vollwertigen russischen Staatsbürger werden.

Die Menschenrechtsbeauftragte der Werchowna Rada, Ljudmyla Denissowa, berichtete, dass Bewohner der Regionen Donezk und Luhansk zur Teilnahme an den Dumawahlen gezwungen wurden. Nach ihren Informationen drohen Geldstrafen und Entlassungen, wenn sie nicht zur Wahl erscheinen.

Am 18. Juni teilte der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat mit, dass Russland 630.000 Pässe an Bewohner der besetzten Gebiete des Donbass ausgestellt habe.

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 621

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.